

Die Einschätzung des Bundesgesundheitsministers, die GKV-Zuschusskürzung seines Kollegen Schäuble gehe schon in Ordnung, denn es sei ja genügend Geld in der Kasse, zeigt, dass Hermann Gröhe tatsächlich noch nicht in seinem neuen Amt angekommen ist. Jetzt passiert genau das, was Kritiker unmittelbar befürchtet hatten, als die damalige Bundesregierung den Beschluss fasste, zusammen mit dem Gesundheitsfonds die Finanzierung der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern und Ehepartnern über den Steuersäckel abzuwickeln: Wofür das Steuergeld gedacht war, dürfte schon bald in Vergessenheit geraten, die Finanzierung werde schon bald als “Subvention der GKV” verbucht werden und diese großzügige Unterstützung des Finanzministers werde fortan von dem Pegelstand seiner eigenen Kasse abhängen.

Genau so ist es gekommen, und Minister Gröhe scheint von alledem nichts zu wissen. Hier wäre es Zeit für eine ganz große Einigkeit der Gesundheitsakteure, denn der Ressortminister entfernt sich ganz bewusst von seiner Truppe und eröffnet einen Verschiebebahnhof, von dem Kundige gehofft hatten, er werde gerade geschlossen. Es rächt sich (nicht zum ersten Mal übrigens), diese Regelung der beitragsfreien Mitversicherung von Kindern und Ehepartnern ohne eigenes Einkommen mit lässiger Geste (und Angst vor der klagewilligen PKV) in das Finanzministerium abgeschoben zu haben. Ganz eindeutig bleibt: Wenn der Staat die Krankenversicherung von Kindern und Ehepartnern beitragsfrei stellen möchte, dann soll er das machen (familienpolitisch sinnvoll ist es ja – zumindest was die Kinder betrifft), aber dann soll er das auch sagen und klar als Haushaltstitel ausweisen.

So aber entsteht für Otto Normalverbraucher der Eindruck, die chronisch klamme GKV sei auf die Barmherzigkeit des Finanzministeriums angewiesen und könne, wenn sie zufällig mal im Gelde schwimmt, von dessen großzügiger Zuwendung kaltlächelnd abgeknipst werden. Es ist die unausgesprochene Bestätigung dieser falschen Botschaft, die an Gröhes freundlicher Billigung des Milliardentransfers in Schäubles Scheuer den eigentlichen Skandal darstellt. Allenfalls umgekehrt würde ein Schuh daraus: Der Finanzminister darf höflich fragen, ob er von dem Geld, das der GKV zusteht, etwas zurückbekommen kann – und der Kollege aus dem Gesundheitsressort gewährt im nach eingehende Prüfung diese Bitte. Und noch besser wäre es, er gewährte sie im nicht. So, wie es jetzt läuft, sind die ausgesendeten Botschaften aber eindeutig die falschen – wie insgesamt der ganze Vorgang.

Überraschend ist allerdings, dass nur die Krankenkassen gegen diese Milliardenchieberei nach Gutsherrenart protestiert haben. Denn die Vermutung, Ärzte und Krankenhäuser sowie vor allem die Versicherten hätten mit diesem Mittelentzug nichts zu tun, ist von bestürzender Naivität. Auf irgendwelche Schultern müssen ja die fehlenden Euros des “Treuhandkontos Krankenkasse” verteilt werden... Dass es also keinen Aufschrei der Leistungserbringerverbände und der Verbraucherzentralen gibt, ist kaum zu verstehen: Ihre Mitglieder und Schutzbefohlenen werden als Allererste die Zeche zahlen müssen, die von den Krankenkassen an sie durchgereicht wird. Damit offenbart sich in unserem Gesundheitswesen nicht nur ein deprimierendes Maß an Systemunkenntnis auf allen Ebenen, sondern auch ein beklagenswerter Mangel an innerer Solidarität. Es sind alle Systembeteiligten, die hier am Nasenring durch die Finanzmanege gezogen werden und es sind alle Beteiligten, die hier lautstark Protest anmelden müssten. Dass ihnen dabei auch noch der oberste Ressortchef in den Rücken fällt (und sich auch dagegen kein Protest artikuliert), ist eine besorgniserregende Tendenz: So werden die Gesundheitsakteure gesamtpolitisch nie etwas zu melden haben. Streiten nach innen, aber Solidarität nach außen ist das Geheimnis für erfolgreiche Politik. Der Finanzminister weiß genau, dass es damit im Gesundheitswesen nicht weit her ist, und sein Ressortkollege liefert dafür bereitwillig die Bestätigung.